

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert eine umfangreiche Informationskampagne zur Masernimpfpflicht bzw. adäquater Immunität für alle Jahrgänge ab 1970 durchzuführen. Insbesondere sind hier auch alle Verantwortung Tragenden und Angestellten von infrage kommenden Gemeinschaftseinrichtungen zu sensibilisieren. In dieser Kampagne soll neben Argumenten auch die durch den Gesetzgeber vorgesehenen Sanktionen von bis zu 2500 Euro thematisiert werden. Die Inhalte sollen in allen relevanten Sprachen zur Verfügung gestellt werden.